

**THINK BIG: für ein
rassismusfreies und gerechtes Europa!**



Europawahlprogramm 2024

Inhaltsverzeichnis

Präambel	3
Migrations- und Flüchtlingspolitik	4
Reform des Dublin-Systems: schneller entscheiden, gerechter verteilen	4
Innere Sicherheit: Grenzen stärken, Ängste abbauen	4
Zuwanderung: Teilhabe fördern, Chancengleichheit sichern	5
Fluchtursachen: Abschottung verhindern, sichere Lebensbedingungen schaffen	5
Antidiskriminierungspolitik	6
Chancengleichheit: Frauenquoten und frühkindliche Förderung	6
Antidiskriminierung: Opfer besser schützen, Täter konsequent bestrafen	6
Sozial- und Arbeitsmarktpolitik	7
Sozialstandards: Grundsicherung und Mindestlohn	7
Arbeitsmarkt: Beschäftigung stärken, Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen	8
Finanz- und Wirtschaftspolitik	8
Konzerne: Steuerschlupflöcher schließen	8
Finanztransaktionssteuer: Finanzmarkt stärker in die Pflicht nehmen	9
Wirtschaftskriminalität: Steueroasen trockenlegen, Steuerhinterziehung eindämmen	10
Bündnispolitik	10
Europäische Institutionen: Mitsprachmöglichkeiten stärken	10
Lobbyismus: Einfluss der Organisationen einschränken	10
Erweiterungspolitik: Augenmaß und Gleichbehandlung	10
Außen- und Handelspolitik	11
Außenpolitik: Frieden sichern, Verteidigung stärken	11
Handelspolitik: Faire Handelsbeziehungen, Krieg nicht exportieren	11
Umweltschutz- und Energiepolitik	12
Umweltschutz: Umweltschutz global voranbringen, Ressourcen und Klima schützen	13
Energiepolitik: alternative Energien stärken, Kohlekraft abbauen	13
Forschungs- und Technologiepolitik	13
Forschung: Innovation stärken, nachhaltige Technologien fördern	13
Digitalisierung: Individualrechte schützen, Datenmonopole verhindern	14

EUROPAWAHLPROGRAMM 2024 des Bündnis für Innovation & Gerechtigkeit (BIG Partei)

Präambel

Liebe Wählerinnen und Wähler,

seit nunmehr fast 60 Jahren ist die europäische Einheit der Garant für Frieden und Wohlstand in Europa. Aber die geopolitischen Entwicklungen der vergangenen Jahre stellen die Union vor nie da gewesene Herausforderungen und Gefahren. Mit Großbritannien wird erstmals ein Mitgliedsstaat die Europäische Union verlassen. In vielen europäischen Ländern erstarken rechtskonservative und nationalistische Bewegungen, die mit populistischen und reaktionären Forderungen den Fortbestand der europäischen Einigung zunehmend in Frage stellen. In einigen Mitgliedstaaten sind diese Kräfte sogar in Regierungsverantwortung gewählt worden. Nationale Interessen werden wieder über das europäische Gemeinwohl gestellt, gleichzeitig wird in bestimmten Mitgliedstaaten mit autoritären Mitteln die demokratische Rechtsstaatlichkeit ausgehöhlt. Die transatlantischen Beziehungen befinden sich einer schweren Krise, der internationale Handel wird zunehmend durch Protektionismus bestimmt. Kriege und humanitäre Katastrophen treiben immer noch viele Schutzsuchende nach Europa.

In dieser kritischen Gesamtgemengelage bekennen wir uns als BIG Partei uneingeschränkt zur europäischen Einheit. Die weitere politische Schwächung der EU als Wirtschaftsraum führt zwangsläufig zu sozialen Verwerfungen in den Mitgliedsstaaten. Gesellschaftlicher Frieden kann langfristig nur durch sozialen Frieden gesichert werden. Separatismus, Spaltung und Kleinstaaterei führen unwillkürlich zu territorialen Konflikten und Kriegen. Das hat die europäische Geschichte hinlänglich bewiesen.

Sich zu Europa zu bekennen bedeutet nicht, dass Missstände innerhalb der EU und ihren Institutionen nicht angesprochen werden dürften. Konstruktive Kritik und Erneuerungsvorschläge werden sogar zur Verpflichtung, um den Fortbestand der Europäischen Union zu sichern. Nur so kann der weit verbreiteten EU-Verdrossenheit und den nationalistischen und extremistischen Bestrebungen effektiv begegnet werden.

Europa braucht neue Ansätze und Ideen. Wir stehen für eine Europäische Union, in der die Institutionen transparent für das Gemeinwohl aller EU-Bürger arbeiten. Alle Menschen müssen angemessen an Wohlstand und sozialer Sicherheit beteiligt werden. Individuelle Grund- und Menschenrechte müssen garantiert sein, unabhängig von Stand, Herkunft, Abstammung oder Geschlecht. Globale Herausforderungen wie Migration, Klimaschutz und Digitalisierung erfordern nachhaltige, verantwortungsvolle und ethische Konzeptionen.

Geben Sie uns Ihre Stimme – für ein offenes, modernes und gerechtes Europa, ein Europa der Vielfalt, Chancengleichheit und Gerechtigkeit!

Migrations- und Flüchtlingspolitik

Europa braucht eine humane und faire Flüchtlingspolitik. Die Asylverfahren müssen vereinfacht und beschleunigt werden, die illegale Migration muss effektiv eingedämmt werden.

Reform des Dublin-Systems: schneller entscheiden, gerechter verteilen

Das Dublin-System, wonach Flüchtlinge ihren Asylantrag im Land der Erstankunft stellen müssen, funktioniert in der bestehenden Form nicht mehr. Die Aufnahme- und Verteilungsverfahren müssen daher grundlegend reformiert werden. Wir fordern eine anlassbezogene Verteilung der Flüchtlinge auf die Mitgliedstaaten. Anknüpfungspunkte wie ein Voraufenthalt in einem Mitgliedstaat oder familiäre Verbindungen müssen bevorzugt berücksichtigt werden. Sofern solche Umstände nicht vorliegen, muss die Verteilung nach einem gerechten Verteilungsschlüssel innerhalb der EU-Länder erfolgen. In einer Gemeinschaft müssen alle Mitglieder ihren Verpflichtungen nachkommen, wer dieses Solidarprinzip verletzt, muss wirtschaftlich sanktioniert werden, z.B. durch Streichung von Fördermitteln.

Die Asylverfahren müssen zudem vereinfacht und beschleunigt werden, allerdings unter Wahrung der individuellen Rechtsbehelfe. Auch Menschen, denen kein Bleiberecht zusteht, haben Anspruch auf schnelle Rechtsgewissheit. Familienzusammenführungen müssen schneller realisiert werden, im Fokus der Verfahren müssen vor allem Anträge von minderjährigen Schutzsuchenden stehen. Diese brauchen besonderen Schutz und verstärkte Betreuung, etwa durch die Beistellung von Begleitpersonen.

Innere Sicherheit: Grenzen stärken, Ängste abbauen

Die innere Sicherheit ist eines der wichtigsten Anliegen der Menschen in den Mitgliedsstaaten. Den Bürgern müssen ihre Ängste und irrationalen Vorstellungen genommen werden. Migration ist keine Bedrohung, sondern eine Notwendigkeit, von der die Gemeinschaft profitiert. Angesichts der Bevölkerungsentwicklung und dem grassierenden Mangel an Fachkräften, gibt es zur gesteuerten Migration keine Alternative. Die Zuwanderer bringen kulturelle Diversität, Arbeits- und Konsumkraft in die Mitgliedsstaaten und schaffen neue gesellschaftliche Impulse. Es muss endlich Schluss damit sein, dass populistische Politik auf dem Rücken von Migranten und Schutzsuchenden ausgetragen wird. Panikmache, Hetze und gezielte Fehlinformationen spalten die Gesellschaft und verschärfen die EU-Skepsis.

Auf der anderen Seite müssen die Bürger aber auch das Gefühl haben, dass die Regierungen zielgerichtet und konsequent gegen illegale Migration vorgehen. Die Außengrenzen müssen daher noch effektiver geschützt werden. Ausreisepflichtige Migranten müssen in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden, aber unter genauester Prüfung jedes Einzelfalls. Hierbei muss die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention unbedingt sichergestellt sein. Freiwillige Ausreisen sind

Abschiebungen immer vorzuziehen, da diese typischerweise mit Härten verbunden sind. Die freiwillige Rückkehr kann durch verbesserte Ausreiseberatungen effektiv unterstützt werden. Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Syrien oder Afghanistan müssen unterbleiben, da sie gegen elementare Menschenrechte verstoßen.

Zuwanderung: Teilhabe fördern, Chancengleichheit sichern

Der Zustrom von Zuwandern darf nicht dazu führen, dass die bestehende Bevölkerung soziale Nachteile erleidet. Wo es zu einem Konkurrenzkampf um gesellschaftliche und soziale Ressourcen kommt, wird Zuwanderung immer ein Konfliktthema bleiben. Es müssen daher ausreichende Angebote im Bereich der Kindeserziehung geschaffen werden, der Wohnungsmarkt und die Arbeitsschaffung sind besonders zu fördern. Zudem sollten soziale Ansprüche und längere Aufenthaltsrechte der Zuwanderer mit Arbeitstätigkeit und einer Mindestverweildauer verknüpft werden.

Aber auch die Teilhabe muss weiter gefördert werden. Wir brauchen Rahmenbedingungen, in denen sichergestellt ist, dass die Zuwanderer schnell die deutsche Sprache erlernen. Sprachkurse müssen verpflichtend sein und in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt werden. Nur auf diese Weise wird der Zugang in das soziale Umfeld und den Arbeitsmarkt ermöglicht. Zudem müssen die Förder- und Begleitprogramme der Teilhabeförderung weiter ausgebaut und verbessert werden. Teilhabe ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur mit Anstrengungen aller Beteiligten gelingen kann.

Fluchtursachen: Abschottung verhindern, sichere Lebensbedingungen schaffen

Europa darf sich nicht abschotten. Angesichts der europäischen Kolonialgeschichte besteht eine ethische Mitverantwortung für die prekären Lebensverhältnisse in vielen Entwicklungsländern. Eine protektionistische Flüchtlingspolitik ist unmoralisch und eines Bündnisses von demokratischen Industrieländern unwürdig. Jährlich sterben Tausende von Schutzsuchenden auf dem Weg nach Europa, die meisten im Mittelmeer. Die elementaren Menschenrechte verpflichten uns, diesen Menschen zu helfen, ohne Wenn und Aber. Es muss daher umgehend ein EU-weites, koordiniertes System zur Seenotrettung installiert werden. Private Hilfsorganisationen dürfen nicht drangsaliert und kriminalisiert werden.

Der Schwerpunkt bei der Bekämpfung der Fluchtursachen muss in der Kooperation mit den Drittstaaten liegen. Fluchtrouten dürfen nicht um jeden Preis geschlossen werden, die Einhaltung elementarer Menschenrechte und Verfahrensstandards muss auch in Drittstaaten gewährleistet sein. Es müssen sichere Lebensbedingungen in Staaten geschaffen werden, in denen sich die Menschen in Ermangelung sozialer und wirtschaftlicher Perspektive auf den Weg nach Europa machen. Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Unterstützung müssen darauf konzentriert werden, nachhaltige und menschenwürdige Lebensumstände herbeizuführen. Hierzu bedarf es insbesondere

fairer Handelsbeziehungen, um die Märkte in den Drittstaaten konkurrenzfähig zu halten.

Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie sich für:

- Eine humane und faire Flüchtlingspolitik
- Reform des Dublin-Systems, verbesserte Asylverfahren, gerechte Verteilungsregelungen
- Innere Sicherheit durch stärkere Grenzen, effektive Eindämmung illegaler Zuwanderung
- Sozialverträgliche Migration und verstärkte Teilhabeanstrengungen
- Verantwortung für Menschen in Not, Schaffung sicherer Lebensbedingungen

Antidiskriminierungspolitik

Wir wollen ein gleichberechtigtes Europa, in dem allen Bürgern Chancengleichheit garantiert ist und alle Formen der Diskriminierung wirksam bekämpft werden.

Chancengleichheit: Frauenquoten und frühkindliche Förderung

Der chancengleiche Zugang der Bürger zu allen Bereichen des öffentlichen Lebens ist einer der wesentlichen Stützpfeiler der demokratischen Gesellschaft. Alle Menschen müssen dieselben Zugangschancen zu Bildung, Arbeitsmarkt, sozialen Angeboten und Leistungen sowie Wohnungsmarkt haben. Die Erfahrung zeigt, dass Chancengleichheit zwar auf dem Papier weitgehend existiert, in der Praxis aber oft nicht entsprechend umgesetzt wird. Hier sind noch viel stärkere Bemühungen der Gesetzgeber erforderlich. So erleiden Frauen beispielsweise immer noch erhebliche Nachteile in Ausbildung und Beruf, insbesondere bei Aufstieg und Vergütung. Wir fordern daher verbindliche Frauenquoten für öffentliche Verwaltung und Privatwirtschaft in allen Mitgliedstaaten. Alleinerziehende Mütter müssen zudem besonders gefördert und unterstützt werden, da sie und ihre Kinder am stärksten von Armut bedroht sind. Die Inklusion von Menschen mit Behinderung in allen öffentlichen Bereichen muss weiter verbessert werden. Bürger mit Migrationshintergrund müssen effektiv geschützt werden vor Benachteiligungen bei der Arbeits- und Wohnungssuche. Die frühkindliche Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund ist ein wesentlicher Faktor, um gleiche Startbedingungen in die Schulausbildung sicher zu stellen.

Antidiskriminierung: Opfer besser schützen, Täter konsequent bestrafen

Die anlasslose Ungleichbehandlung bestimmter Personengruppen untergräbt das Fundament des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wir wenden uns daher strikt gegen alle Formen von Diskriminierung und Rassismus. Der Schutz der Frauen und Mädchen vor sexueller Gewalt muss weiter verstärkt werden. Staatliche Präventionsprogramme müssen ausgebaut, private Beratungsangebote besser unterstützt werden. Menschenhandel zum Zwecke sexueller Ausbeutung muss europaweit verfolgt und

strafrechtlich sanktioniert werden. Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung ist zu garantieren und zu schützen.

Menschenfeindlichkeit und Hass muss auf allen gesellschaftlichen Ebenen entgegengetreten werden. Zunehmender Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit vergiften das gesellschaftliche Klima in vielen europäischen Ländern. Die Sitten verrohren zusehends, immer öfter kommt es zu verbalen und körperlichen Übergriffen gegenüber Menschen anderer Herkunft oder Religion. Wir mahnen eine gesellschaftliche Kultur der Fairness, der gegenseitigen Achtung und Wertschätzung sowie einen verantwortungs- und würdevollen Umgang miteinander an. Wir fordern zudem ein transparentes und strenges Vorgehen der Strafermittlungs- und Verfolgungsbehörden. Hassverbrechen dürfen nicht bagatellisiert werden, die Öffentlichkeit muss ausreichend informiert und sensibilisiert werden. Wir verlangen eine Verbesserung des Opferschutzes, etwa durch Einrichtung kommunaler Beratungsstellen.

Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie sich für:

- Chancengleichheit und Gleichbehandlung
- Stärkung der Frauenrechte und frühkindliche Förderung
- Kampf gegen Diskriminierung, Rassismus, Hass und Menschenfeindlichkeit
- Konsequente Strafverfolgung und verbesserten Opferschutz

Sozial- und Arbeitsmarktpolitik

Nur soziale Gerechtigkeit kann den gesellschaftlichen Frieden langfristig sichern. Wir brauchen verbindliche Richtlinien im Bereich der sozialen Grundsicherung und des Mindestlohns. Beschäftigung muss gesichert und gefördert, Jugendarbeitslosigkeit effektiv bekämpft werden.

Sozialstandards: Grundsicherung und Mindestlohn

Ein dauerhafter Frieden und gerecht verteilter Wohlstand sind die größten Versprechen der europäischen Einheit. Die soziale Gerechtigkeit ist dabei der Grundstein des gesellschaftlichen Friedens. Denn fehlende soziale Absicherung und Arbeitslosigkeit führen immer zu gesellschaftlichen Verwerfungen, die den Weg zu Extremismus und Demokratiefeindlichkeit ebnen. Es muss daher die oberste Priorität der Gemeinschaftspolitik sein, soziale Mindeststandards in den Mitgliedstaaten zu schaffen und durchzusetzen.

Zu diesen Mindeststandards zählen angemessene Grundsicherungsleistungen für Rentner. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, darf seinen Lebensabend nicht in Armut verbringen. Auch muss in jedem Mitgliedstaat ein flächendeckender Mindestlohn eingeführt werden. Nach wie vor gibt es in Ländern wie Italien, Schweden oder Österreich keine entsprechenden Bestimmungen. Dort wo Regelungen existieren, gibt es erhebliche Unterschiede in der festgeschriebenen Höhe. Wir fordern daher die zügige

Schaffung verbindlicher Vorgaben für eine faire und angemessene Vergütung in allen Mitgliedstaaten.

Nur mit entsprechenden festgeschriebenen Sozialstandards wird es gelingen, die Lebensbedingungen in den Mitgliedstaaten längerfristig anzugleichen. Bleibt es bei den Unterschieden, dann werden Phänomene wie Sozialmigration und Lohndumping nicht einzudämmen sein.

Arbeitsmarkt: Beschäftigung stärken, Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

Die Beschäftigung ist das Fundament des Sozialstaates. Derzeit weichen die Beschäftigungsquoten innerhalb der Mitgliedstaaten jedoch erheblich voneinander ab. Während in Deutschland und anderen mitteleuropäischen Ländern die Arbeitslosenzahlen seit Jahren rückläufig sind, haben süd- und westeuropäische Staaten wie Spanien und Italien nach wie vor große Probleme. Dies gilt vor allem im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit. In Griechenland und Spanien ist jeder dritte Jugendliche ohne Ausbildung und Beruf. Die EU muss daher alles daran setzen, die Beschäftigungsbedingungen in den Problemländern zu verbessern. Qualifikations- und Förderprogramme müssen ausgebaut, Arbeitsbedingungen flexibilisiert werden. Die Deregulierung muss vorangetrieben, neue Märkte erschlossen werden.

Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie sich für:

- Soziale Mindeststandards für einheitliche Lebensbedingungen
- Verbindliche Vorgaben für Grundsicherung und Mindestlohn
- Stärkung der Beschäftigung und Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Finanz- und Wirtschaftspolitik

Schluss mit Privilegien und Steuerschlupflöchern für Großunternehmen. Der bislang kaum besteuerte Finanzmarkt muss sich endlich in angemessener Form am Gemeinwohl beteiligen. Eine EU-weite Finanztransaktionssteuer ist überfällig.

Konzerne: Steuerschlupflöcher schließen

Europa braucht Steuergerechtigkeit. Während jeder hart arbeitende Bürger und jedes kleine oder mittelständische Unternehmen seine Steuern auf Einkommen und Gewinne ganz selbstverständlich am Ort der Tätigkeit zahlt, können Großunternehmen ihre Erträge in Niedrigsteuerländer verschieben und dort versteuern. Mit dieser Form des Steuerdumpings muss endlich Schluss gemacht werden. Konzerne, die Milliardengewinne erwirtschaften, müssen auch dort ihre Steuern abführen, wo sie arbeiten und die bestehenden Infrastrukturen nutzen. Erste Schritte zu Eindämmung der Steuerermeidung sind mit einer EU-Richtlinie bereits eingeleitet worden. Die Regelungen reichen jedoch bei weitem noch nicht aus. Die Besteuerungsvorschriften müssen in den Mitgliedsstaaten vereinheitlicht werden, das Wettbewerbsrecht muss verschärft

werden, um effektiv gegen Steuervermeidungsstrategien der Großkonzerne vorgehen zu können.

Finanztransaktionssteuer: Finanzmarkt stärker in die Pflicht nehmen

Da die Finanzmärkte bislang praktisch kaum besteuert werden, ist die Einführung einer Verkehrssteuer für Finanztransaktionen dringend überfällig. Bereits im Jahre 2012 haben sich 11 Mitgliedstaaten dem Grunde nach geeinigt, eine entsprechende Finanztransaktionssteuer länderübergreifend einzuführen. Realisiert wurde die Steuer jedoch bis heute nicht, da sich die Staaten nicht auf eine konkrete Ausgestaltung einigen konnten. Mit diesem politischen Stillstand muss nun endlich Schluss sein. Jedes Jahr ohne Steuer kostet die Bürger Milliarden von Euros. Nach Berechnungen würde die geplante moderate Finanztransaktionssteuer den Mitgliedstaaten gut 50 Milliarden Euro jährlich einbringen. Angesichts der Tatsache, dass die EU-Staaten den Finanzsektor in der Wirtschafts- und Bankenkrise 2008 bis 2010 mit ca. 4,6 Billionen Euro unterstützt haben, wäre diese Besteuerung sogar nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Finanztransaktionssteuer muss daher zeitnah eingeführt und deutlich höher angesetzt werden. Bei einem Steuersatz von nur 0,5% auf den Handel mit Aktien könnten jährliche Einnahmen von gut 250 Milliarden Euro realisiert werden. Die Finanzmärkte sind endlich stärker in die Pflicht zu nehmen, wer in Krisenzeiten Billionen von Steuergeldern beansprucht, muss sich in Zeiten des Wachstums auch angemessen am Gemeinwohl beteiligen.

Wirtschaftskriminalität: Steueroasen trockenlegen, Steuerhinterziehung eindämmen

Jedes Jahr entstehen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union Milliarden Schäden durch Steuerhinterziehung, insbesondere im Bereich der Mehrwertsteuer. Diesen illegalen Machenschaften kann effizient nur durch die Schaffung eines einheitlichen Mehrwertsteuerraums innerhalb der EU begegnet werden. Entsprechende Bestrebungen der Kommission müssen national unterstützt werden. Zudem müssen auch die Anstrengungen zur Trockenlegung der Steueroasen weiter ausgebaut werden. Der Informationsaustausch zwischen den Staaten über Finanzkonten bedarf weiterer Verbesserungen, Steuersünder müssen wirkungsvoller sanktioniert werden. Nur durch die Eindämmung illegaler Geldflüsse können Straftaten wie Drogenhandel, Terrorfinanzierung und Geldwäsche wirkungsvoll bekämpft werden.

Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie sich für:

- Steuergerechtigkeit und Abbau der Privilegien für Großkonzerne
- Eine Finanztransaktionssteuer und mehr finanzielle Verantwortung der Finanzwirtschaft
- Wirkungsvolle Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität

Bündnispolitik

Die Verdrossenheit gegenüber der EU und ihren Institutionen ist zum größten Teil hausgemacht. Die Abläufe müssen vereinfacht und transparenter gestaltet werden, die Bürger brauchen mehr Mitsprachemöglichkeiten. Der Einfluss der Lobbyverbände muss zurückgefahren werden. Bei der EU-Erweiterung müssen faire Maßstäbe angesetzt werden.

Europäische Institutionen: Mitsprachmöglichkeiten stärken

Immer mehr Menschen haben den Eindruck, die EU habe sich dem Einfluss der Bürger weitestgehend entzogen. Während der Einfluss von Wirtschaft und Industrie stetig zunimmt, scheint sich die Teilhabe der Bürger auf ihre alle vier Jahre bestehende Wahlmöglichkeit zu beschränken. Es ist nachvollziehbar, dass sich die Menschen deshalb zunehmend von der EU abwenden und ihre Institutionen für korrupt halten. Vom bereits bestehenden Recht der Europäischen Bürgerinitiative wird bislang kaum Gebrauch gemacht, hier sind Vereinfachungen dringend geboten. Die Abläufe müssen vereinfacht, die bürokratischen Hürden verringert werden. Wir fordern eine Senkung der Mindestzahl für Unterstützungsunterschriften, eine Verlängerung der Sammlungsfrist sowie eine Herabsetzung des Teilnahmealters auf 16 Jahre. Zudem müssen die Mitgliedstaaten die Bürger besser über die bestehenden Mitwirkungsmöglichkeiten informieren.

Lobbyismus: Einfluss der Organisationen einschränken

Politische und wirtschaftliche Macht müssen in Europa klar getrennt werden. Das bereits eingeführte Transparenzregister ist ein wichtiger Schritt, allerdings entfaltet es in der bisher bestehenden Form kaum Wirkung. Das größte Problem stellt nach wie vor dar, dass die Teilnahme an dem Register nicht verpflichtend ist. Die dort hinterlegten Daten sind zudem in großen Teilen fehlerhaft und unvollständig. Wir fordern daher, dass das Register endlich wirkungsvoll umgesetzt wird. Dazu bedarf es einer Ausweitung des Geltungsbereiches auf alle EU-Organe, also auch den Rat der Europäischen Union, den Ministerrat sowie die ständigen Vertretungen der Mitgliedstaaten. Das Überprüfungs- und Sanktionierungssystem muss verbessert werden, damit fehlerhafte Daten aufgespürt und die Verantwortlichen bestraft werden können. Zudem ist der Klientenschutz einzuschränken, damit sich Lobbygruppen nicht hinter Vertraulichkeitsvorschriften verstecken können. Nur durch die Schaffung eines umfassenden und umgehungsfesten Transparenzregisters wird es langfristig gelingen, unzulässige Einflussnahmen und Interessenkonflikte bei den Institutionen wirkungsvoll zu vermeiden.

Erweiterungspolitik: Augenmaß und Gleichbehandlung

Die Erweiterung der Europäischen Union ist ein notwendiger Prozess, da sie den Frieden sichert und Fortschritt und Wohlstand in Europa fördert. Von den EU-Beitrittskandidaten wird dabei zu Recht gefordert, dass sie bestimmte Mindestanforderungen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und Kriminalitäts- und

Korruptionsbekämpfung erfüllen. Diese Beitrittsvoraussetzungen sind in den Kopenhagener Kriterien genau festgelegt. Die Verhandlungen mit den Staaten, denen man den Beitritt in Aussicht gestellt hat, müssen aber auch fair und unter Anlegung gleicher Maßstäbe vorangetrieben werden. Dies gilt für die Staaten des Westbalkans -Serbien, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro und Mazedonien-, ebenso wie für die Türkei.

Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie sich für:

- Stärkung der Bürgerbeteiligung
- Verbesserung der Transparenz und Einflusschwächung der Lobbygruppen
- Solide und faire Erweiterungspolitik

Außen- und Handelspolitik

Die europäische Außen- und Verteidigungspolitik muss auf Friedenssicherung ausgerichtet sein. Es bedarf zudem klarer Antworten auf den global zunehmenden Protektionismus. Waffenlieferungen in Krisengebiete müssen konsequent unterbunden werden. Handelsabkommen mit Entwicklungs- und Schwellenländern müssen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dienen.

Außenpolitik: Frieden sichern, Verteidigung stärken

Der Schwerpunkt der europäischen Außen- und Verteidigungspolitik muss darauf ausgerichtet sein, das freundschaftliche Verhältnis mit den Nachbarn zu bewahren und Partnerschaften zu sichern. In Zeiten, in denen die gewohnte Weltordnung erodiert, muss die EU Verantwortung übernehmen und ihre Werte verteidigen. Dass dies ohne moderne und funktionstüchtige Streitkräfte erreicht werden könnte, wäre eine naive Vorstellung. Diplomatie ist der Königsweg, der ohne solide Abschreckung jedoch nicht erfolgreich beschritten werden kann. Angesichts des Umstandes, dass die Vereinigten Staaten zunehmend ihre Verbindungen zu Europa lockern, muss die Union ihre eigene Wehrfähigkeit verbessern. Die Verteidigungs-Ressourcen der Mitgliedsstaaten müssen nicht zwangsläufig erhöht werden, sie sollten jedoch im Rahmen einer europäischen Verteidigungsstrategie zielgerichteter eingesetzt werden.

Handelspolitik: Faire Handelbeziehungen, Krieg nicht exportieren

Internationaler Handel muss auf Fairness basieren und auf Augenhöhe erfolgen. Der aufkommende Protektionismus und unfaire Handelspraktiken stellen neue Herausforderungen dar, denen mit einer Politik der Stärke begegnet werden muss. Wo Diplomatie und alte Verbundenheiten nicht mehr weiterhelfen, muss auch über neue Allianzen nachgedacht werden.

Der Handel mit Schwellen- und Entwicklungsländern bedarf besonderer Sensibilität, die EU darf ihre überlegene wirtschaftliche Position nicht zum Nachteil dieser Staaten ausnutzen. Handelsabkommen müssen daher immer auf die Schaffung nachhaltiger

Produktions- und Lieferbedingungen in den Drittländern ausgerichtet sein. Die geforderte völlige Öffnung der Märkte in Afrika ist abzulehnen, da die dortigen Produzenten nicht mit den europäischen Anbietern konkurrieren könnten und unweigerlich in den Ruin getrieben würden. Die Überschwemmung der dortigen Märkte mit Billigartikeln muss ebenso aufhören, wie die Leerfischung der dortigen Küstenregionen.

Der Frieden ist eine der wichtigsten Errungenschaften der europäischen Einigung. Die Sicherung des Friedens muss aber nicht nur innerhalb der Gemeinschaft ein zentrales Ziel sein, sondern auch außerhalb. Die EU muss daher alle möglichen Anstrengungen unternehmen, die zur internationalen Konflikt- und Krisenbewältigung beitragen. Friedensdiplomatie ist dafür essentiell, der erste wesentliche Schritt ist jedoch, die Lieferung von Kriegsgeräten in Krisenregionen konsequent zu unterbinden. Alle Versuche der Friedenssicherung sind unglaublich, wenn nach wie vor in großem Umfang Rüstungsgüter aus den Mitgliedstaaten in Kriegsgebiete exportiert werden. Wir fordern daher den Aufbau eines EU-weiten strengen Rüstungslieferungskontrollsystems, damit solche Exporte wirksam unterbunden und Verstöße hart sanktioniert werden können. Die Gemeinschaft muss sich zudem auch weiterhin für die weltweite atomare Abrüstung stark machen und den Ausbau autonomer Waffensysteme begrenzen.

Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie sich für:

- Friedenssicherung und Stärkung der Wehrfähigkeit
- Faire und nachhaltige Handelsbeziehungen
- Stopp von Rüstungslieferungen in Krisenregionen

Umweltschutz- und Energiepolitik

Als eine der größten Herausforderungen unserer Zeit kann der Klimaschutz nur global gelöst werden. Der Grundstein dazu liegt in der Energiepolitik. Umweltbelastende Energie wie Kohle müssen zurückgefahren, alternative Energien konsequent gefördert werden.

Umweltschutz: Umweltschutz global voranbringen, Ressourcen und Klima schützen

Gesunde Lebensräume sind die Grundlage menschlicher Existenz. Überall dort, wo die Erde ausgebeutet und natürliche Lebensgrundlagen zerstört werden, hat dies globale Veränderungen zur Folge. Eine verantwortungsvolle Umweltschutzpolitik kann daher nicht an den Außengrenzen der EU enden. Es muss das erklärte Ziel der Gemeinschaftspolitik sein, den strengen Umweltschutzvorgaben der Mitgliedstaaten auch global zur Durchsetzung zu verhelfen. Wichtige Maßnahmen im Bereich der Produktion, Landwirtschaft und Mobilität sind technologisch und finanziell aufwendig. Schwellen- und Entwicklungsländer müssen deshalb bei der Schaffung einer verantwortungsbewussten ökologischen Entwicklung wirtschaftlich unterstützt werden. Zu einer ethischen Ökologie gehört es auch, dass man wirtschaftlich wichtige Ressourcen in

Drittländern nicht schonungslos ausbeutet. Ebenso dürfen Müllentsorgungs- und Recyclingprobleme nicht in die dritte Welt exportiert werden.

Der Klimawandel ist das beste Beispiel für die globalen Auswirkungen menschlichen Handelns. Nur mit vereinten Anstrengungen und gutem Willen aller Nationen kann den voranschreitenden Klimaveränderungen noch aussichtsreich begegnet werden. Die EU muss hier alle diplomatischen und wirtschaftlichen Mittel ausschöpfen, um unwillige Staaten zur Teilnahme an Klimaschutzabkommen zu bewegen. Die Pariser Klimaziele müssen strikt verfolgt und eingehalten werden.

Energiepolitik: alternative Energien stärken, Kohlekraft abbauen

Alternativen und erneuerbaren Energien gehört die Zukunft, umweltgefährdende Energien müssen konsequent zurückgefahren werden. Die Kohleenergie ist klimaschädlich und gesundheitsgefährdend. Während viele europäische Staaten hier bereits eine klare Ausstiegspolitik verfolgen, klammert sich Deutschland an diese anachronistische Form der Energiegewinnung. Bei der Atomenergie sieht es anders aus. Während hier Deutschland den beschlossenen Ausstieg umsetzt, forcieren Länder wie Frankreich den Bau neuer Atommeiler. Wir fordern daher eine einheitliche europäische Energie-richtlinie, die den zügigen Ausstieg aus beiden Energiegewinnungsformen verpflichtend macht. Europa muss sich im Energiebereich zudem weiter emanzipieren und die Abhängigkeit von Energieexporten zurückfahren.

Die Erforschung und der Ausbau von erneuerbaren Energien muss dagegen weiter vorangetrieben und gefördert werden. Auf europäischer Basis bedeutet dies auch, eine gleichmäßige Verfügbarkeit bei stabilem Preisniveau zu gewährleisten. Hier bedarf es weiterer Vernetzungen der Energieliefersysteme und Energiespeicherstrukturen.

Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie sich für:

- Globalen Umwelt- und Ressourcenschutz
- Stärkung erneuerbarer Energien

Forschungs- und Technologiepolitik

Europa muss wettbewerbsfähig bleiben. Dazu bedarf es gesteigerter Anstrengungen im Bereich der Forschung und Weiterentwicklung. Die Digitalisierung muss verantwortungsvoll und im Sinne des Gemeinwohls gestaltet werden.

Forschung: Innovation stärken, nachhaltige Technologien fördern

Im Bereich der Innovation und Entwicklungen hat Europa im globalen Vergleich immer noch einen erheblichen Nachholbedarf. Die USA und China sind nach wie vor tonangebend, gerade wenn es um die Entwicklung neuer Technologien geht. Hier müssen die Anstrengungen innerhalb der Gemeinschaft erhöht werden, um nicht längerfristig den Anschluss zu verlieren. Die Mittel für Forschung und Technologieentwicklung

müssen deshalb deutlich angehoben werden. Zudem bedarf es einer besseren Zusammenarbeit und Koordinierung bei wichtigen Forschungsprojekten. Die Unterstützung ressourcensparender und nachhaltiger Technologien sollte dabei im Vordergrund stehen.

Digitalisierung: Individualrechte schützen, Datenmonopole verhindern

Die rasant voranschreitende digitale Innovation bietet den Menschen vielen Chancen, sie birgt aber auch Risiken. Wir müssen die Vorteile der Digitalisierung im gesellschaftlichen Interesse einsetzen, etwa im Bereich des Umweltschutzes, bei der Verkehrsplanung und im Bereich der Arbeitsmärkte. Durch die verbesserten Technologien ist die Wertschöpfung der Arbeitsleistung in den vergangenen Jahren um ein Vielfaches gestiegen. Wo dies zum Wegfall erforderlicher menschlicher Ressourcen führt, sind soziale und gesellschaftliche Ausgleichskonzepte erforderlich. Digitalisierung um jeden Preis lehnen wir ab. Sie muss gesamtgesellschaftsverträglich gestaltet sein und darf Individualrechte nicht aushöhlen. Dazu gehört vor allem, dass die Entstehung von Datenmonopolen verhindert wird. Ein wichtiger Schritt dazu wäre es, allgemein zugängliche Dateninfrastrukturen zu schaffen.

Mit Ihrer Stimme entscheiden Sie sich für:

- Stärkung der Innovation und Förderung nachhaltiger Technologien
- Verantwortungsvolle Digitalisierung, Verhinderung von Datenmonopolen

**BIG Partei - Bündnis für
Innovation & Gerechtigkeit**
backoffice@bigpartei.de
www.bigpartei.de